

Gymnasium – Didaktik first

So lautet das Motto unseres diesjährigen Treffens hier in Goslar. Seine Mehrdeutigkeit ist gewollt. Der Nachklang von Christian Lindners verunglücktem Bonmot ist ebenso gemeint wie die Anspielung auf die derzeitige Diskussion über digitale Transformation in Schulen, die teilweise mit erdrückender Technologieeuphorie geführt wird. Solchen Heilserwartungen stehen wir als tägliche Arbeiter im (nicht so üppig florierenden) Weinberg zurückhaltend gegenüber. Wir wissen warum. Und mit dem Begriff „Didaktik“ verbinden wir auch den Anspruch, die Schüler vor allem zur Selbstdenken zu erziehen, das Grundlage allen mündigen Entscheidens ist. Dazu helfen digitale Tools eher nicht.

Von alledem wird die Rede sein, nicht nur hier im öffentlichen Auftaktplenum, sondern auch in Positionspapieren und Workshops heute und morgen.

In diesem Jahr kollidiert unsere Tagung nicht mit der Landtagswoche und so freuen wir uns über eine hohe Zahl an Gästen, die durch ihr Kommen die Verbundenheit mit unseren Anliegen und unserer Schulform zum Ausdruck bringen, wie es die ausliegende Gästeliste dokumentiert. Seien Sie alle aufs herzlichste begrüßt!

Zum ersten Mal bei der Direktorenvereinigung begrüße ich den Kultusminister und verschiedene Mitarbeiter seines Hauses. Verehrter Herr Tonne, wir freuen uns mehrfach: einmal, weil Sie gekommen sind, aber auch auf das für uns gedachte Grußwort, schließlich, dass Sie auch heute Abend die Gelegenheit zum persönlichen Austausch nutzen wollen. Für alle Mitarbeiter der Landesschulbehörde begrüße ich unseren „Chef“, ihren Präsidenten Ulrich Dempwolf, und als Vertreterin der 2. großen Landes-Institution die Präsidentin des NLQ Dr. Elke Richlick.

Ihr Interesse an unserer Schulform bekunden mehrere Abgeordnete des niedersächsischen Landtages, von denen ich namentlich und stellvertretend Mareike Wulf (CDU), Björn Försterling (FDP) und für Stefan Politze (SPD) begrüße.

Auch Vertreter uns nahestehender Schulleitungsorganisationen haben den Weg nach Goslar gefunden: Ich begrüße Torsten Neumann, den Vorsitzenden des Verbands niedersächsischer Lehrkräfte, ebenso herzlich wie Wolfgang Kuert vom Bündnis Gegliedertes Schulsystem. Heike Thies vertritt die Arbeitsgemeinschaft freier Schulen und den Landeselternrat sein Vorsitzender Mike Finke. Für den Landkreis Goslar ist der stellvertretende Landrat Hans-Peter Dreß unter uns. Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

Schließlich danke ich Prof. Olaf Köller, dem Direktor des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften in Kiel, dass er unser Geschäft aus übergeordneter Perspektive in eine andere und damit in jedem Fall erhellende Beleuchtung rücken wird. Lieber Herr Köller, schön, dass wir Sie bei uns

haben, wir werden uns gerne Ihrem fremden – durch Psychologie und empirische Pädagogik - geprägten Blick und Ihrer Kritik stellen. Denn wir wissen ja: wo alle einstimmig singen, ist der Text ohne Bedeutung.

Verehrte Gäste: Wir sind nun mitten in der Legislaturperiode einer Großen Koalition, die mit auffälliger Unauffälligkeit agiert und sich offenbar erheblich weniger in politischem Kleinkrieg verliert, als das in den vorangegangenen Jahren der Fall war.

Wir konstatieren zugleich einen neuen Stil der Zusammenarbeit des Ministeriums mit uns. Das ist gut so. Denn wenn überhaupt jemand an praxistauglichen Lösungen interessiert ist, dann wir. Schulleiter sind anders als Gewerkschaften niemals Opposition, sondern immer Regierung: das heißt, wir entscheiden auch, wenn wir nicht entscheiden.

Ganz konkret sehen wir zustimmend, dass Sie, Herr Minister, im Vorfeld der Entlastungsdebatte pragmatisch vorausgreifend zwei Entscheidungen getroffen haben – die Freigabe der Teilnahme an Vera 8 und die offizielle Einführung von Korrekturtagen beim Abitur. Das haben wir schon lange gefordert.

Und wir begrüßen Ihre neue regulative Idee politischen Handelns: Sie wollen, so sagten Sie, vor allem die Wirksamkeit verordneter Maßnahmen betrachten. Das ist auf den ersten Blick nicht revolutionär, in ökonomischen Kontexten geht es ohne die Überprüfung von Ergebnisqualität gar nicht – aber im Bildungswesen ist das bisher nicht üblich gewesen. Wirksamkeitsprüfung bedeutet ja vor allem, die eigenen Entscheidungen als veränderbar anzusehen. Es ist die Einlösung eines Prinzips, das uns, die wir ja alle der Pädagogik verpflichtet sind, endlich eint: es geht nicht um ideologische Positionierung, sondern um das, was am Ende bei den Kindern ankommt. Das, Herr Minister, wünschen wir uns für alle Bereiche ihres Maßnahmentableaus: Haben Sie Mut, Ihre Entscheidungen an der Wirklichkeit zu ratifizieren.

Das gilt auch für die derzeit öffentlich sehr diskutierte Inklusion, bei der seinerzeit weder Ressourcen noch Erreichbarkeit der neuen pädagogischen Praxis zuverlässig abgeschätzt wurden. Die Leidtragenden sind die betroffenen SuS. Hier bitten wir Sie um den Mut für eine realistische Prüfung der Umsetzungsszenarien, statt eine mitunter moralische Argumentation zuzulassen. Die Gymnasien bekennen sich ausdrücklich zu allen Formen zielgleicher Inklusion - gerade diesen Kindern durch Unterstützungen jeder Art einen Weg in ihre Zukunft zu ebnet, gehört zu unserm Bildungsauftrag im Rahmen des gegliederten Schulsystems. Aber auch dies ist, wie vielfältige Erfahrungen mit sozial-emotionalem Förderbedarf zeigen, nicht allein eine Frage der Einstellung, sondern vor allem der unerlässlichen Ressourcen durch ausreichende Schulbegleitung und unterstützende Förderschullehrkräfte.

Uns ist schon klar, dass politische Entscheidungen sich nicht endlose diskursive Prozesse leisten können, sonst wird möglicherweise nichts entschieden. Aber es muss möglich sein, ideologisch geprägten Zielvorstellungen zu verändern oder aufzugeben, wenn die Rückmeldungen der Praxis dies nahelegen.

Hier ist nicht die Gelegenheit, das genauer auszuführen, nur so viel. Weiterentwicklung des Schulsystems ist letztlich auch eine pädagogische Aufgabe. Was im Unterricht nicht funktioniert, funktioniert auch nicht in der Schulentwicklung: Wenn Sie nämlich - das Ziel vor Augen - den Weg dorthin erzwingen wollen. Vielmehr müssen Sie an die Akteure denken! Unseren Lehrkräften – und das gilt für alle Schulformen, ganz besonders die Grundschulen - ist in den letzten Jahren sehr viel an Veränderung abverlangt worden, oft ohne sie dafür zu gewinnen. Oft ohne die nötigen Ressourcen. Und oft ohne Verständnis dafür, dass ihnen immer mehr abverlangt wurde in derselben zur Verfügung stehenden Arbeitszeit. Eine meiner Koordinatorinnen hat Teilzeit beantragt, weil sie andernfalls die überbordende administrative Arbeit nicht zu ihrer Zufriedenheit bewältigen konnte. Kein Einzelfall übrigens, wie ich höre. Das muss sich ändern, und wie wir mit großer Zustimmung hören: es soll sich auch ändern. Das Thema „Entlastung“ hat die Arbeitszeitkommission in aller Deutlichkeit als nächste politische Aufgabe formuliert. Bitte fangen Sie bald an, Herr Minister, und fangen Sie da sofort an, wo die Missstände ganz offensichtlich sind. Die Koordinatoren der erweiterten Schulleitung der Gymnasien arbeiten seit 1992 für 5 Anrechnungstunden, was etwa 10 Zeitstunden pro Woche entspricht. Wenn ein Koordinator in diesen Tagen mit 20 Stunden hinkommt, ist er gut dran. Von daher, Herr Minister: die Erhöhung auf mindestens 7 Anrechnungstunden ist so überfällig, dass sie aus Gründen der Fürsorge schon längst hätte erfolgen müssen.

Ich wiederhole mich gerne: Der Grundzug bildungspolitischer Agenda der letzten 15 Jahre bedeutet: Dezentralisierung und Heterogenisierung, sicher aus triftigen pädagogischen Erwägungen. Aber beides erfordert eben erheblich mehr personelle und sächliche Ressourcen. Eine Schule etwa, die sich die individuelle Förderung aller Schüler auf die Fahnen schreibt, versucht sich im Grunde an der Quadratur des Kreises. Natürlich gelingt das in einzelnen Fällen, aber doch niemals durchgehend. Lehrkräfte haben im Durchschnitt 160 bis 200 verschiedenen Kinder zu unterrichten, wenn Sie „Kurzfächer“ wie Kunst- und Musik, Sport und Biologie o.ä. erteilen, zum Teil erheblich mehr. Wir sollten den Mut haben, uns auch zu den Grenzen unserer pädagogischen Reichweite öffentlich zu bekennen. Der Satz: Ich schaffe das nicht – ist nicht Ausdruck von Schwäche, sondern Voraussetzung erfolgreichen Agierens in anderen Bereichen.

Umgekehrt bezeichnen die Sätze: „Ihr macht das schon“ – oder: „Nun macht aber mal endlich“ - gar keinen der Wege, die nach Rom führen. Wir sind bei Schülern nicht erfolgreich, wenn wir im Unterricht Fragen beantworten, die sie gar nicht gestellt haben. Das ist der erste Hauptsatz der pädagogischen Dynamik. Und deshalb werden auch Schulinspektionen oder Fokusevaluationen nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf Bedürfnisse reagieren, wenn sie als externe Hilfe gebraucht werden, weil die Lehrkräfte einer Schule – und um die geht es ja letztlich – diese Hilfe von außen auch nachfragen. Nur dann wird das gelingen, nicht aber bei verordneter Diagnostik, selbst wenn der Name Schul-TÜV der Öffentlichkeit anderes suggeriert.

Auch die größte derzeitige Umsteuerung, die Gestaltung digitaler Transformation im schulischen Bereich, ist ein sehr gutes Beispiel für das von mir Gemeinte. Unser oberstes Lehr- und Lernziel ist die Befähigung zur digitalen Mündigkeit. Sicher: Glasfaserkabel, verlässliche Infrastruktur sind Voraussetzungen, so wie die Stromleitungen im Haus. Dafür wird übrigens das Geld aus dem Digitalpakt nicht lange reichen. Damit aber das Licht brennt, bedarf es ganz anderer Interventionen: Schulträger etwa müssen auf Mindeststandards für die Infrastruktur verpflichtet werden und eine dauerhafte professionelle Systemadministration muss selbstverständlich sein.

Und auch hier geht es, – ob und das gefällt oder nicht - vor allem um die Akteure des Wandels, die Lehrkräfte. Sie benötigen Unterstützung und Fortbildung, die ankommt, damit sie den neuen Anforderungen gewachsen sind. Und da empfehle ich von dem auszugehen, was es an vorzüglicher Praxis bereits gibt. Vorzügliche Praxis: das bedeutet keineswegs die bloße Anwesenheit von digitalen Endgeräten, sondern die übereinstimmende Erfahrung, dass bestimmte Unterrichtsziele besser erreichbar sind, wenn ich digitale Tools einsetze. Eine solche Überzeugungskraft des digitalen Mehrwerts ist ansteckend. Und sie wird sich durchsetzen.

Auch wenn man zu Recht von digitaler Revolution spricht: Übereiltes Vorgehen dient nicht der Sache, sondern erfüllt lediglich oberflächlich die Anforderungen des Zeitgeists. Und wenn wir unsere Schüler auch mit der nötigen Abwehrkraft gegenüber den Entmündigungsversuchen der digitalisierten Gesellschaft ausstatten wollen, dann brauchen wir z. B. allgemeinbildende Informatik als Pflichtfach – eingebettet in ein schulisches Medienkonzept, versteht sich. Es reicht nicht, das verführerisch glitzernde Fahrzeug bedienen zu können, wir müssen in der Schule auch auf den Blick unter die Motorhaube bestehen. Wir Direktoren wissen allzu gut, dass gerade diese letzte Forderung sehr schwer zu erreichen ist, aber sie ist im Grunde die wichtigste. Auch deswegen brauchen Schulen Zeit und Umsetzungswege mit Augenmaß. Das wünschen wir uns!

Und ein Letztes: In allen Punkten administrativer Umsteuerung sollte das MK ein Vorbild sein. Zum einen im Hinblick auf Transparenz. Deshalb plädieren wir für die Verbesserung der direkten Kommunikation mit den Schulen, das schafft Verständnis für die jeweiligen Handlungsmöglichkeiten. Und wir fragen uns schon, warum nicht längst die Ergebnisse der an eine Unternehmensberatung vergebene Organisationsbetrachtung an die Öffentlichkeit gebracht wurden. Nicht nur der Landesrechnungshof sähe das im Hinblick auf die eingesetzten Steuergelder gerne, auch wir wären interessiert, die Ergebnisse professioneller externer Expertise zu erfahren. Mir wäre jedenfalls ganz unwohl, wenn der Eindruck entstünde, hier könnten etwa missliebige Antworten unter Verschluss gehalten werden. Das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen. Vielleicht wäre hier ein sinnvoller Ansatz für eine Initiative der Opposition?

Zum Thema Vorbildfunktion ein Zweites: Das Projekt „Bildung 2040“ wird auch auf Facebook angepriesen. Wie kann das sein? Zu Recht wird über das Verbot von WhatsApp“ innerhalb der Schulen

nachgedacht, aber an dieser Stelle wirft sich das MK ausgerechnet Facebook, einer der größten Datenkraken – und neuem Besitzer von WhatsApp - in die Arme! Es wäre ein eigenes Thema, zu zeigen, wie Marc Zuckerberg nicht nur die ökonomische, sondern auch die politisch-soziale Ordnung weltweit unterminiert und zu seinen Zwecken ausbeutet. Warum also muss sich auch das MK beim Anbieter dieses fragwürdigen medialen Marktplatzes verdingen?

Bitte sagen Sie nicht, dass Politik sich dem Druck medialer Gegebenheiten heutzutage eben nicht entziehen könne: denn das würde das Eingeständnis der Begrenzung aller Möglichkeiten politischen Handelns bedeuten. Bildung 2040 aber geht von der Prämisse aus, dass die Zukunft offen sei und nach Gestaltung verlangt. Wir wollen das gerne glauben. Und wenn diese Offenheit gegeben ist, dann auch ist sicher Gelegenheit, die eher heikleren Teile der Koalitionsvereinbarung anzugehen. Im letzten Jahr schon habe ich darauf verwiesen.

Es geht da vor allem um Differenzqualität zwischen den Formen des gegliederten Schulsystems. Statt sie zu nivellieren, sollten sie entschieden profiliert werden, weil das Erkennen von Unterschieden wichtigste Voraussetzung einer erfolgreichen Schulwahl für Eltern und Schüler ist. Mag die Grundschulempfehlung dazu ausgedient haben – umso mehr braucht es unbedingt eines institutionellen Korrektivs am Ende der 6. Klasse des Gymnasiums. Wie heißt es in der Koalitionsvereinbarung „Bildung“: „Es sollte für alle Schülerinnen und Schüler spätestens nach zwei Jahren auf einer weiterführenden Schule ein geeigneter Bildungsweg gefunden sein.“ Bei aller Verblasenheit des Formelkompromisses: In der Praxis kann das nur bedeuten, dass hier eine Zäsur gesetzt wird. Die „Schule“ muss als Institution das ihr durch Gesetz zugewiesene Recht auf Begrenzung des Zugangs, wie es sich im Festhalten am Eignungsvorbehalt ergibt, am Ende von Jahrgang 6 auch tatsächlich anwenden und umsetzen können. Und eine solche Bewährungsphase von zwei Jahren, in denen Kinder ausreichend Zeit bekommen, die ihnen von den Eltern zugetraute Eignung zu belegen, trägt auch entwicklungspsychologischen Vorbehalten Rechnung.

Lieber Herr Tonne, wir sind gespannt, was Sie uns zu diesem Thema sagen werden und welche politischen Entscheidungen wir erwarten dürfen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!